

Studierende der sozialen Arbeit üben mit virtuellen Klienten

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **114 (2017)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839745>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NACHRICHTEN

Martin Klöti folgt Peter Gomm als SODK-Präsident

Nach sechsjähriger engagierter Tätigkeit gibt Regierungsrat Peter Gomm (SP) aus Solothurn per Ende Juli sein Amt als Präsident der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektoren (SODK) ab. Unter seiner Ägide wurden die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) angepasst. Zu seinem Nachfolger hat die Plenarversammlung der SODK Martin Klöti (FDP) – zurzeit Regierungspräsident von St. Gallen – bestimmt. Martin Klöti steht seit seiner Wahl in die St.Galler Regierung im Jahr 2012 dem Departement des Innern vor. Er wird das Präsidium der SODK per 1. August 2017 übernehmen. (Red.)

Sieben Prozent Arme

Im Jahr 2015 waren in der Schweiz rund 570 000 Personen von Einkommensarmut betroffen. Darunter waren auch knapp 145 000 erwerbstätige Personen. Zu den am stärksten betroffenen Gruppen zählten Personen, die alleine oder in Einelternhaushalten mit minderjährigen Kindern lebten, Personen ohne nachobligatorische Schulbildung und Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Armutsquote kaum verändert. Dies geht aus der Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor. Personen ab 65 Jahren wiesen ebenfalls eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote auf (13,9%), insbesondere, wenn sie alleine lebten (22,8%). Nicht berücksichtigt hierbei ist die Vermögenssituation. (Red.)

Kosten in der Sozialhilfe kaum gestiegen

Die Ausgaben für die Sozialhilfe sind 2015 nominal um 2,1 Prozent auf 2,6 Mrd. Franken gestiegen. Im Vorjahr hatte die Zunahme bei 5,5 Prozent gelegen. Die Zahl der unterstützten Personen nahm im gleichen Zeitraum um 1,4 Prozent zu, was somit teilweise den Kostenanstieg erklärt. Die Ausgaben pro Sozialhilfeempfänger blieben weitgehend stabil, sie stiegen lediglich um 0,7 Prozent, wie aus der vom BFS publizierten Erhebung hervorgeht. Die Ausgaben für die Sozialhilfe machen von den Gesamtausgaben für Sozialleistungen von insgesamt 157 Mrd. Fr. 1,6 Prozent aus. (Red.)

Studierende der sozialen Arbeit üben mit virtuellen Klienten

Seit dem Frühjahrssemester trainieren angehende Fachkräfte der Sozialen Arbeit an der Berner Fachhochschule BFH ihre Beratungskompetenzen in einer virtuellen Situation. Dozierende des Fachbereichs Soziale Arbeit haben das avatarbasierte Training als didaktisches Mittel entwickelt.

Damit ist die BFH eine der ersten Schweizer Hochschulen, die Virtual Reality in der Lehre anwendet. Zusätzlich zu den herkömmlichen didaktischen Formen wie dem Rollenspiel probieren die Studierenden im virtuellen Training verschiedene Beratungstechniken aus und üben besondere Gesprächssituationen.

Die Studierenden tragen hierzu eine Virtual-Reality-Brille und befinden sich während des Trainings beispielsweise in einem virtuellen Büro, in dem sie einen Klienten treffen. Sie lernen, heikle Themen anzusprechen oder Sanktionen anzusprechen und weitere wichtige Fertigkeiten. Die Trainings werden gefilmt. Die Studierenden können dank der Aufnahmen ihr Handeln reflektieren und durch wiederholtes Eintauchen in die virtuelle Situation



Virtuelle Trainings mit der Brille.

Bild: BFH

perfektionieren. Das Projektteam ist überzeugt, dass Virtual Reality als didaktisches Mittel ein praxisnahes Werkzeug darstellt und die herkömmlichen Trainingsformen sinnvoll ergänzt. (Red.)

Berner Studie stellt Wirkung von Anreizen in Frage

Die Berner Fachhochschule Soziale Arbeit hat im Mai im Auftrag der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz (BKSE) eine wissenschaftlich basierte Einschätzung der Wirkungen der geplanten höheren Anreizleistungen in der Sozialhilfe verfasst. Der Bericht zeigt, dass die Erwerbstätigkeit von Sozialhilfebeziehenden nur begrenzt mit finanziellen Anreizen erklärt und beeinflusst werden kann. Laut den Autoren existieren nur wenige Studien über die Wirkung von Anreizsystemen. Wo Ergebnisse vorliegen, weisen sie entweder keine oder nur eine geringe Wirkung nach. Die grosse Mehrheit der erwerbslosen Klienten bemühe sich um Arbeit und sei bereit, «prekäre Erwerbstätigkeiten in Kauf zu nehmen».

Gemäss der Studie ist davon auszugehen, dass nur ressourcenstarke Sozialhilfe-

beziehende von einem veränderten System mit reduziertem Grundbedarf und höheren Anreizleistungen (wie im Kanton Bern vorgeschlagen) profitieren und eine deutliche Mehrheit der Sozialhilfebeziehenden finanzielle Einbussen erleiden wird.

Besonders betroffen wären neben älteren Sozialhilfebeziehenden über 50 Jahre in erster Linie Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, welche die geplante Kürzung des Grundbedarfs stark zu spüren bekämen. Ob die Integrationszulage mittelfristig zu höherer Erwerbsbeteiligung führt, kann nicht belegt werden. Von höheren Einkommensfreibeträgen seien «bestenfalls kleine Effekte» zu erwarten. Ferner könne dessen Erhöhung zu weiteren Schwelleneffekten zwischen Sozialhilfe und Niedriglohnbereich führen. (Red.)